

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 31/2001
Viola Neu

Der neue Programmentwurf der PDS

Sankt Augustin, Juli 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu
Leiterin des Teams „Politische Kommunikation,
Parteien- und Meinungsforschung“
Telefon: 0 30/2 69 96-249
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Kurzüberblick zur Entwicklung der PDS

Die PDS ist im Dezember 1989 durch Umbenennung (zunächst in SED-PDS) der SED entstanden. Sie ist keine Neugründung. Der erste Parteivorsitzende war Gregor Gysi (1990-1993). Von 1993 bis 2000 hatte Lothar Bisky das Amt inne, 2000 folgte Gabriele Zimmer. Die PDS hat 1990 in relativ kurzer Zeit ihr erstes Grundsatzprogramm verabschiedet, dessen Übergangscharakter Konsens war. 1993 verabschiedete sie das derzeit gültige Programm. Gegenüber dem 1993 verabschiedeten Programm bestanden jedoch auch von Anfang an Bedenken. Die Reformer versuchten mehrfach, den Inhalt des Programms durch Parteitagebeschlüsse zu revidieren, was ihnen allerdings nicht gelang. Der jetzt vorgestellte Programmentwurf geht auf die langjährigen Bemühungen des Reformflügels zurück, die PDS soweit zu verändern, dass sie auch auf Bundesebene regierungsfähig wird.

Die PDS steht in einer doppelten Tradition zur SED: personell und inhaltlich. Wie groß genau der SED-Mitglieder Anteil in der PDS ist, ist nicht ganz klar. Bis Mitte der 90er Jahre lag der Anteil über 90 Prozent; derzeit dürfte er darunter liegen. Aufgrund dieser personellen Kontinuität ist auch die ideologische Bindung schwer wandelbar. Auch der 2001 präsentierte Programmentwurf kann seine Wurzeln nicht leugnen.

Ausgangslage

Dreh- und Angelpunkt aller Debatten in der PDS ist die angelaufene Auseinandersetzung um das neue Grundsatzprogramm der PDS. In dieser Debatte kommen Fragen auf, die für das Selbstverständnis der Partei einen zentralen Stellenwert haben.

Die Debatte wird zwar z.T. mit Zitatenschlachten der Klassiker geführt, inhaltlich kreist sie jedoch nur um eine Frage: welchen Weg soll die PDS einschlagen. Ein reformistischer Kurs wird von den orthodoxen Gruppen klar abgelehnt. Für große Teile der Partei ist der Pragmatismus derjenigen in der PDS, die jetzt schon Regierungsverantwortung haben oder diese auch im Bund anstreben, ein Dorn im Auge, da damit „die reine Lehre“ aufgeweicht werde und die PDS von ihrem eigentlichem Ziel, der Errichtung des Sozialismus/Kommunismus, abweiche und somit ihr unverwechselbares Profil einbüße. Innerparteilich wird kritisiert, dass im Programmentwurf die Kapitalismuskritik zu schwach sei und die Vergangenheit zu negativ beurteilt werde. Zudem erntete das Verfahren massiven Widerspruch. Ohne Beteiligung der dafür gewählten Programmkommission präsentierte die Vorsitzende Gabi Zimmer den Entwurf, der von André Brie, Michael Brie und Dieter Klein erarbeitet wurde. Erst nach der öffentlichen Vorstellung ging der Entwurf in die Gremien der

Partei. Das gesamte Vorstellungsverfahren erweckt den Eindruck eines Putschversuches der Reformer. Und zwar nicht nur weil der Entwurf von den Reformern, die die PDS bis zur Bundestagswahl 2002 auf Regierungsbeteiligung auf Bundesebene trimmen wollen, jenseits der Partei erarbeitet wurde, sondern weil dadurch der ursprüngliche Zeitplan verändert wird. Bis zur Vorstellung des Entwurfs lief der Debatte eher darauf hinaus, erst nach der Bundestagswahl 2002 ein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden. Dadurch sollte der Burgfrieden mit den innerparteilichen Kritikern (insbesondere der Kommunistischen Plattform und des Marxistischen Forums) geschlossen werden. Die innerparteilichen Kritiker fühlen sich daher (wohl zu Recht) überrumpelt.

Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte:¹

Entgegen den in der Presse zu lesenden Beurteilungen, mit dem Programmentwurf würde die PDS ihr Godesberg vorbereiten oder, zwischen „Marktwirtschaft und Sozialismus“ balancieren, enthält das Programm im Vergleich zum gültigen Programm (von 1993) nur leichte inhaltliche Verschiebungen, die in erster Linie sprachlicher Natur sind. Die wesentlichen Eckpunkte und Kontinuitäten zum Programm 1993 bleiben: Die PDS will den Sozialismus installieren, sie ist strikt antikapitalistisch und hat ihren Frieden mit der bürgerlichen Demokratie längst noch nicht geschlossen, vielmehr ist ihr Ziel ein sozialistisches Deutschland. „Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel“, „Sozialismus ist für uns eine Bewegung“ und „Sozialismus ist für uns ein Wertesystem“ (S. 2). Um dieses Ziel zu erreichen, will die PDS die bürgerliche Demokratie abschaffen: „Wir wollen diese Verhältnisse verändern und letztlich überwinden“ (S. 3). 1993 lautete die Formulierung: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden“.

Einzelne Formulierungen fallen zwar sprachlich moderater aus, inhaltlich ist die Stoßrichtung jedoch unverändert. Der Programmentwurf hat insbesondere die Teile des gültigen Programms entschärft, die in den Verfassungsschutzberichten Erwähnung fanden. Daher kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der neue Programmentwurf die ursprünglichen Ziele der PDS nur moderater und öffentlichkeitswirksamer formuliert. Zudem finden sich eine Reihe inhaltlicher Widersprüche. Außerdem definiert sie Ziele, die so kryptisch formuliert sind, dass man den Inhalt kaum fassen kann. Indem die PDS Begriffe mit positiver Assoziation verwendet, die sie mit vom allgemeinen Sprachgebrauch abweichenden Inhalten

¹ Alle Angaben beziehen sich auf: Pressedienst der PDS, Nr. 17 vom 24.4.2001, Programm der Partei des demokratischen Sozialismus – Entwurf - . Kursiv gesetzte Textteile sind von der Autorin hervorgehoben.

füllt, verschleiert sie die eigentliche Stoßrichtung. Hinzu kommen Lippenbekenntnisse wie z.B. das Bekenntnis zum Grundgesetz. Das Ziel des Programmentwurfs ist klar erkennbar: die PDS will sich für die Bundesebene als Koalitionspartner profilieren ohne auf die Überwindung der parlamentarischen Demokratie zu verzichten.

Die wesentlichen inhaltlichen Unterschiede zum gültigen Programm von 1993 ergeben sich in vier Feldern:

- Die Strategie der PDS ist flexibler geworden. Die Bereitschaft, Verantwortung innerhalb des parlamentarischen Systems zu übernehmen, ist verankert. D.h. die PDS versteht sich graduell weniger als außerparlamentarische Opposition. Sie betont, dass sie „demokratische Verlässlichkeit und Politikfähigkeit auch in Regierungsverantwortung nachgewiesen“ habe (S. 23). Damit zielt sie auch in Zukunft auf Regierungsbeteiligung.
- Die Kritik an der DDR ist deutlicher geworden. Die PDS spricht vom Weg der DDR, der durch „schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und auch unentschuld bare Verbrechen“ gekennzeichnet gewesen sei. Allerdings wird der Grundkonsens, dass die DDR aufgrund des Antifaschismus eine legitime Alternative zur „Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland“ (S. 22) darstellte, nicht verletzt.
- Die PDS erteilt der „reinen Lehre“ eine Absage. Sozialismus wird zwar noch als „Ziel, Weg und Werte“ (S. 2) begriffen, aber nicht mehr als „Methode“ (Disput H. 3/4 1995, S. 26). Weiter schreiben die Autoren, dass Sozialismus keinem „abstrakten Modell verpflichtet“ sei und die sozialistische Politik „eine offene Suche nach Auswegen“ sei (S. 12).
- Eine „do ut des“ Strategie, zunächst ein sprachlich akzeptables Angebot zu unterbreiten, das dann ins Gegenteil verkehrt wird, zieht sich wie ein roter Faden durch den Entwurf. Diese Doppelzüngigkeit soll sowohl den innerparteilichen Widersachern den Wind aus den Segeln nehmen als auch den demokratischen Parteien und potentiellen Koalitionspartnern vorspielen, dass die PDS sich zur Demokratie bekennen würde.

Die PDS und die Demokratie

Wie auch in anderen Themenfeldern findet sich im Entwurf ein Lippenbekenntnis der PDS zu den Grundlagen der Demokratie. „Die individuellen politischen Grundrechte, freie Wahlen, die parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sind für uns unverzichtbare Errungenschaften emanzipatorischer Kämpfe“

(S. 13). Allerdings füllt sie diese demokratischen Prinzipien mit anderen Inhalten, indem sie fordert, dass die „Bürgerinnen und *Bürger endlich in wirklich demokratischer Weise* selbst über ihre Zukunft“ entscheiden“ können (S. 13). Offenbar wird dies derzeit in der Bundesrepublik nicht gewährt.

Nach der Auffassung der PDS ist die repräsentative parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik nicht demokratisch, da sie ein kapitalistischer Staat ist. Dies entspricht der klassischen kommunistischen Definition von Kapitalismus. Im Unterschied zum allgemeinen Sprachgebrauch ist Kapitalismus nicht eine „etwas unfreundlichere“ Variante der sozialen Marktwirtschaft. Kapitalismus ist der kommunistische Sammelbegriff für die bürgerliche parlamentarische Demokratie. Es gibt zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus (der bürgerlichen Demokratie). Zum einen ist der Kapitalismus die Vorstufe des Faschismus, der aus der Krise des Kapitalismus heraus entsteht und mit den Mitteln der Diktatur arbeitet. Aus dem Kapitalismus entwickelt sich zum anderen der Imperialismus, dessen Ziel es ebenfalls ist, offen diktatorische Herrschaftsformen zu entwickeln. Kapitalismus ist also nach sozialistischem Verständnis die Vorstufe zu zwei diktatorischen Alternativen, die beide der Wahl zwischen Scylla und Charybdis entsprechen. Der einzige heilsversprechende Weg liegt in der Errichtung des Sozialismus, der durch die Veränderung der Eigentumsformen und einem Austausch der Eliten, die wirkliche Demokratie erst ermöglicht. Die hinter dem neuen Programmentwurf stehende Logik ist somit die alte, auch wenn einige Formulierungen moderater ausfallen.

Die PDS fasst die „westlichen-bürgerlichen“ Demokratien und somit auch die Bundesrepublik unter dem Begriff „neoliberaler Kapitalismus“ oder nur „Kapitalismus“ zusammen. Dem Kapitalismus gesteht sie lediglich zu, „zivilisatorische Errungenschaften“ erreicht zu haben. „Wir unterscheiden zwischen dem kapitalistischen Charakter der heutigen Gesellschaften und den zivilisatorischen Errungenschaften“ (S. 3). Ansonsten ist der Kapitalismus in alt bekannter kommunistischer Diktion das Übel der Menschheit. „Der neoliberale Kapitalismus stellt eine Bedrohung der ganzen Menschheit dar“ (S. 7).

Mehrfach wird die bundesrepublikanische Demokratie indirekt als Diktatur beschrieben. Zunächst beschreibt sie die Entwicklung in den 20er und 30er Jahren. „Prozesse eines ungezügelter Kapitalismus und der Versuch der herrschenden Eliten, ihre Macht durch die Mittel der politischen Diktatur zu sichern, hatten ... zur Großen Depression und zum Faschismus und Nationalsozialismus geführt“ (S. 7). Dann zieht sie die Kontinuitätslinie zur Bundesrepublik. Heute existiere nach wie vor der „ungezügelter Kapitalismus“, der mit den „Mitteln der ökonomischen Diktatur...dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen und einem militärischen Interventionismus“ versuche, seine Ziele durchzusetzen (S. 7 f). Der Aufbau der DDR-Diktatur wird nach wie vor nicht mit dem Aufbau der Demokratie in der

Bundesrepublik verglichen. Und hier zieht sie die Kontinuitätslinie von dem Nationalsozialismus zur Bundesrepublik, indem sie sagt, dass der Kapitalismus durch den „Faschismus geschwächt und diskreditiert“ gewesen sei und in der Bundesrepublik die „Rettung des Kapitalismus“ betrieben worden sei (vgl. unten „Vergangenheitsbewertung“).

Die Akzeptanz des Parlamentarismus hat einen instrumentellen Charakter. Die PDS „ringt zwar um parlamentarische Stärke“ (S. 24), allerdings nur um an Regierungen beteiligt zu werden. Ihr eigentliches Ziel ist klar definiert: „Wir wollen diese Verhältnisse verändern und letztlich überwinden“ (S. 3). Sie akzeptiert die Demokratie nur insoweit, wie sie ihr Handlungsmöglichkeiten eröffnet, um den Sozialismus in die Tat umzusetzen. „Die Verteidigung parlamentarischer Demokratie und demokratischer Gewaltenteilung verbindet die PDS mit der Überzeugung, dass *grundlegende gesellschaftliche Wandlungen* nicht ohne soziale und politische Kämpfe, nicht ohne die Überwindung der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus, der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und der Zurückdrängung der Kapitaldominanz über die Gesellschaft und damit nicht ohne außerparlamentarische Bewegungen und Kräfte möglich sind“ (S. 24).

Daher setzt die PDS auch nicht auf parlamentarische Mehrheiten. „Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. *Progressiver Wandel der Eigentumsverhältnisse muss durch Gegenmächte bewirkt werden.*“ (S. 5). Im Unterschied zum gültigen Programm spricht die PDS in diesen Kontexten nicht mehr von „Widerstand“, der diesen Verhältnissen entgegengebracht werden müsse.

Die PDS und die Freiheit

Neu ist die Formulierung, dass die PDS sich für „Freiheitsgüter“ einsetze und dem Thema Freiheit breiten Raum widmet. Doch wird „Freiheit“ als soziales Menschenrecht definiert. Als Freiheitsgüter werden definiert: Schutz vor Gewalt, sauberes Wasser und Luft, Arbeit und Erwerb, Bildung und Kultur, soziale Sicherheit und Gesundheit (S. 3). Diese Güter würden darüber entscheiden, ob Menschen „frei oder unfrei“ sind.

Daher setzt sich die PDS dafür ein, dass die „gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse“ so gestaltet werden, dass „diese Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird“ (S. 3). In anderen Worten bedeutet Freiheit nicht, dass damit der Bereich der freien Willensbildung und –betätigung garantiert wird oder Abwehrrechte gegen den Staat gewährleistet werden. Damit sind die Freiheitsrechte keine Abwehrrechte, die Menschen einen Raum freier und eigener Lebensgestaltung gewähren und sie vor staatlichen Eingriffen und Einengungen schützen.

Dieses Verständnis von Freiheit widerspricht somit dem demokratischen Verständnis von Freiheit fundamental. Der im allgemeinen Sprachgebrauch positiv besetzte Freiheitsbegriff wird somit perfide entgegen dem umgangssprachlichen Verständnis umdefiniert.

Dem allgemeinen Freiheitsbegriff liegt das Verständnis der freien Entfaltung der Persönlichkeit zugrunde, wodurch die Individualität ein höherrangiges Gut vor dem Kollektivismus ist. Die PDS vermeidet es zwar in dem Programmentwurf offen auszusprechen, dass der Kollektivismus vor dem Individualitätsprinzip steht, indirekt formuliert sie allerdings dieses Postulat. Sie fordert einen Alltag „der nicht durch Konsum als Selbstzweck, sondern durch Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, nicht durch private Nischen in der Massengesellschaft, sondern durch Individualität und Gemeinschaftlichkeit bestimmt wird“ (S. 4). An anderer Stelle spricht die PDS von der „Verpflichtung zur Wahrnehmung sozialer und ökologischer Aufgaben“ (S. 19). Zudem definiert sie, woraus Menschen ihre Befriedigung ziehen dürfen: „Die Gegenstände des Konsums sind dann Gegenstand des Genusses und der Befriedigung, wenn sie die Vielfalt genussvollen Verhaltens und den Reichtum menschlicher Beziehungen vermitteln“ (S. 18).

Das hier zu Grunde liegende Menschenbild widerspricht fundamental dem der freiheitlichen Gesellschaft. Wer über die Freiheit der Entscheidungen zu urteilen weiß, und die Qualität der individuellen Entscheidungen nach politisch wünschenswertem Verhalten bewertet und im Zweifel definiert, welches Verhalten erbracht werden muss, negiert nicht nur die menschliche Individualität sondern auch die (staatliche) Toleranz gegenüber allen individuellen Lebensentwürfen.

In diesem Kontext ist auch die Forderung der PDS nach Vollbeschäftigung zu bewerten. Es handelt sich weniger um ein Recht auf Arbeit, sondern um eine Pflicht zur Arbeit. Arbeit wird von der PDS sogar als „Freiheitsgut ersten Ranges und Grundelement einer gerechten Gesellschaft“ (S. 17) verstanden. Auch hier wird deutlich, dass individuelle Lebensentwürfe dem untergeordnet werden müssen, was die andere für richtig definieren.

Da die PDS offenbar die Erkenntnis besitzt, zu wissen, was für Menschen gut ist, kann einer Aussage wie „Wir wollen niemandem ein glücksbringendes System verordnen“ (S. 4) nur wenig Glauben geschenkt werden.

Die PDS und die Wirtschaftsordnung

Zu den aktuellen Streitpunkten zählt die Auseinandersetzung um Stellenwert, Ausmaß und Rolle des Eigentums und welche Formen der Verstaatlichung (im aktuellen Jargon: „Demokratisierung“ manchmal auch „Vergesellschaftung“) unerlässlich sind.

Die in der Presse zu lesende Auffassung, die PDS balanciere zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. April 2001), ist dem Programmentwurf nicht zu entnehmen. Schon im 1993er Programm bekannte sich die PDS formal zu einer Pluralität der Eigentumsformen. Dort heißt es: „Eine Vielfalt von Eigentumsformen – private, genossenschaftliche, kommunale und staatliche – ist in den Dienst der Bedürfnisse der Menschen und den Erhalt ihrer natürlichen sozialen Lebensgrundlagen zu stellen“ (Disput H. 3/4, 1993, S. 39).

Zwar spricht die PDS dem Unternehmertum und dem betriebswirtschaftlichen Gewinninteresse Effizienz und Innovation (S. 4) zu. Wenn das wirtschaftspolitische Handeln der Unternehmer allerdings nicht dem Ziel der PDS entspricht, dann kann die Tätigkeit des Unternehmertums wieder eingeschränkt werden. „Wir wollen, dass neue volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen mit marktkonformen Instrumenten und Ordnungspolitik, mit Geboten und – *soweit erforderlich* – *Verboten* das Gewinninteresse der Unternehmen auf nachhaltige Entwicklungen orientieren“ (S. 14). (Dies korrespondiert mit der bei der PDS sowieso vorhandenen Abneigung gegen Profite.) Und weiter heißt es: „Wo diese Grenzen missachtet werden, sind andere Regulationsmechanismen als der Markt erforderlich“ (S. 14). Damit zeigt die PDS, dass ihre positiven Äußerungen zur Marktwirtschaft nur Lippenbekenntnisse sind und sie immer dann auf staatliche Regulierung setzt, wenn der Markt sich nicht in ihrem Sinne wunschgemäß verhält.

Kern- und Angelpunkt ist die Frage, welche Einstellung die PDS zum Eigentum hat. Ist Eigentum ein Grundrecht oder unterliegt es einer Kontrolle? Solange das Recht auf Eigentum nicht gewährt wird, läuft jeder Reformvorschlag der PDS auf den sozialistischen Staatskapitalismus hinaus, indem die Notwendigkeit des privaten Eigentums einer eigenständigen Legitimation bedarf und die Gewährung von Eigentum den Zielen des Staates untergeordnet ist.

Was eine Formulierung wie: „Weil wir das persönliche Eigentum von Menschen als Grundlage freier Selbstbestimmung verteidigen, lehnen wir die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ab...“ bedeutet, wird wohl das ewige Geheimnis der PDS bleiben, außer man fragt nach, wo die Grenzen zwischen „privatem Eigentum“ und den „kapitalistischen Eigentumsverhältnissen“ liegen. Ist ein Sparguthaben, das Rendite

erwirtschaftet schon ein kapitalistisches Eigentumsverhältnis? Kann privates Eigentum (z.B. ein Haus) mit Gewinn veräußert werden? Kann es noch Aktien, Investmentfonds, Lebensversicherungen usw. geben, die ja aufgrund ihrer Gewinnorientierung „kapitalistische Eigentumsverhältnisse“ sind? Kann es überhaupt noch private Wirtschaft geben, da deren „Dominanz von Profit“ (S. 4) mit „unserer (der PDS, Anm. d. Verf.) Vorstellung von Gerechtigkeit ... unvereinbar“ (S. 4) ist? Ist nicht „jeder Schritt zu einer demokratischen und gemeinwohlorientierten Verfügung über Eigentum“ (S. 3) gleichzusetzen mit Verstaatlichung? Wer definiert was Gemeinwohl ist und wer definiert die Grenzen? Entspricht dies nicht der staatlichen Verfügungsgewalt, wie sie im „real existierenden Sozialismus in den Farben der DDR“ praktiziert wurde?

Die Bewertung der Vergangenheit

Auch im neuen Programmentwurf finden sich die alten sozialistischen Geschichtslegenden wieder. Die Oktoberrevolution war der *„legitime Versuch“* einer Antwort auf das zivilisatorische Versagen des Kapitalismus“ (S. 22). Zudem hat die Oktoberrevolution dazu beigetragen, die *„heute akut gefährdeten sozialen und politischen Zugeständnisse an die arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Zentren durchzusetzen“* (S. 22). Warum dies der Sowjetunion ausgerechnet außerhalb und nicht innerhalb ihres Machtbereichs gelungen sein soll, kann man wohl als Beitrag zu politischen Märchen bewerten. Aber auch hier findet sich die Kontinuität zu den alten kommunistischen Legenden. Der Alleinvertretungsanspruch der SED bzw. der Sowjetunion begründete sich aus der Behauptung, dass nur sie Garant gegen Faschismus und Krieg seien.

Zu den nach wie vor unveräußerlichen Inhalten der PDS gehört , dass es sich bei der Gründung der DDR um eine „legitime“, weil „antifaschistische“ Alternative handelte. Dass von Anfang an eine stalinistische politische Diktatur etabliert wurde, wird prinzipiell negiert. Die PDS betont, dass der Aufbau der „besseren“ Gesellschaftsordnung und des „friedliebenden“ Deutschlands keiner „Entschuldigung“ bedürfe. Konkret schreibt sie: „Millionen Menschen setzten sich 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung“ (S. 22). Unter weiter formuliert sie in streng kommunistischer Diktion: „Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, *standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war*“ (S. 22).

Zunächst wird daran deutlich, dass die PDS nach wie vor nicht die Polarität von Demokratie und Diktatur, sondern die von Kapitalismus und Sozialismus zu ihrem Thema macht. Daran wird deutlich, dass sich die PDS immer noch der Dimitroff Formel von 1935 verpflichtet fühlt. Zum einen wird daran deutlich, dass sich die PDS der Auseinandersetzung mit dem „verordneten Antifaschismus“ entzieht. Zum anderen weist die PDS dem Antifaschismus die gleiche Funktion zu, die ihm von der SED zugeschrieben wurden. Er diene bei der SED zur innenpolitischen moralischen Basis für den alleinigen Herrschaftsanspruch. Solche Verzerrungen und Deformierungen des Geschichtsbilds waren bis 1990 typisch für die Selbstmythisierung der DDR, da die SED-Diktatur versuchte, aus der Geschichte ihre fehlende demokratische Legitimität herzuleiten.

Eigentlich hätte man 2001 von der PDS erwarten können, dass die von der früher von der SED vorgegebenen Positionen der „Parteilichkeit“ und Schönfärberei überwunden sind und primitive kommunistische Legenden im Papierkorb der Geschichte gelandet wären. Dass die Verherrlichung der stalinistischen DDR-Diktatur und die Verunglimpfung der parlamentarischen bundesrepublikanischen Demokratie nach wie vor zur Standardargumentation der PDS gehören, erschreckt.

Der Frage, warum der Sozialismus von Anfang an nur mit den Mitteln der Diktatur durchgesetzt werden konnte, verschließt sich die PDS. Würde die PDS z.B. nur die Frage stellen, warum es in der DDR keine freien Wahlen gab, würde sie ihren Grundglauben verletzen: dass der Zweck die Mittel heilige. Daher fällt die Kritik an der Oktoberrevolution und der DDR zwiespältig aus. Bei der Oktoberrevolution wird ihre „staatssozialistische Entartung“ kritisiert, die „Millionen sinnlose und unverzeihliche Opfer“ gekostet hat und (vielleicht sogar noch schlimmer) „die Idee des Sozialismus nachhaltig beschädigt“ habe (S. 22). Terror und Verbrechen, die von Anfang an das Wesen der sozialistischen Revolution bestimmten, werden auch weiterhin negiert. Auch die Tatsache, dass die Bolschewiken die zaghaften Anfänge der parlamentarischen Demokratie sofort begruben, ist für die PDS nicht erwähnenswert.

Auch hier wird nicht der Maßstab von Demokratie und Diktatur zugrundegelegt, sondern ob der Sozialismus installiert werden konnte. Somit sind nicht etwa dem Sozialismus Verfehlungen vorzuwerfen, sondern nur der „Entartung“. Damit wird auch nach wie vor nicht anerkannt, dass der Stalinismus eine selbständige Gesellschaftsformation war. Auch die Kritik an der SED fällt zwiespältig aus. Ihr werden „schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse“ und „unentschuld bare Verbrechen“ (S. 22) vorgeworfen. Gleichzeitig wird aber die kommunistische Variante der Dolchstoßlegende fortgestrickt: der Sozialismus sei von der „Feindschaft und der Konfrontation einer kapitalistischen Umwelt bedroht“ (S. 23) gewesen. Heiligt der Zweck also doch die Mittel?

Skurrilitäten

Manche Aussagen des PDS-Programmentwurfs könnten aus der Feder von Satirikern stammen. Z.B. hält sich die PDS zugute dafür gewirkt zu haben, „dass Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft der alten Bundesrepublik nicht zerstört werden“ (S. 23). Sie hält sich also zugute, dass sie gegen die Zerstörung der Marktwirtschaft gewirkt habe, die sie eigentlich überwinden und damit zerstören will. Zudem könnte man sich die Frage stellen, wer vor der deutschen Vereinigung gegen die Zerstörung der Marktwirtschaft gekämpft hat, als es der PDS noch verwirkt war.

Auch die Meinung, die deutsche Vereinigung hätte „die weitgehende Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaft“ (S. 10) nach sich gezogen, hat sich wohl eher unabhängig von der Realität gebildet. Dass die DDR unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Totalzusammenbruch stand, steht außer Frage. In einem Gespräch mit zwischen Michail Gorbatschow und Egon Krenz am 1.11.1989 in Moskau² erklärte Krenz u.a., dass man, wenn man das „Lebensniveau ausschließlich auf eigene Leistung gründen wollte, müsste man es sofort um 30 Prozent senken“.

Wenn die PDS aufgrund ihrer dogmatischen Festlegungen auf das Primat der Arbeit in eine ideologische Zwickmühle gerät, schreckt sie auch vor Zirkelschlüssen nicht zurück. Bei dem Interessenkonflikt „Arbeit-Ökologie“ fordert sie der Einfachheit halber beides: „kein Vorrang der Beschäftigungspolitik zu Lasten der Umwelt und kein ökologischer Wandel ohne Beschäftigungspolitik“ (S. 16).

² SAPMO-BArch, SED, ZK, IV 2/1/704, Gesprächsprotokoll